

PRESSEMITTEILUNG

Wachsende Spannungen bei den Kommunal финанzen in Brandenburg

Die Finanzlage in den Kommunen in Brandenburg bleibt trotz guter Konjunktur kritisch. Das liegt vor allem daran, dass Cottbus, Brandenburg und Frankfurt (Oder) keinen Ausweg aus der Haushaltskrise finden. Außerdem wird der 2020 auslaufende Solidarpakt die Haushaltslage für alle Kommunen verschärfen, heißt es im aktuellen Kommunalen Finanzbericht 2017 der Bertelsmann Stiftung.

Gütersloh, 09. August 2017. Die brandenburgischen Kreise und Gemeinden haben auch im Jahr 2016 einen Haushaltsüberschuss erreicht. Allerdings fiel dieser deutlich geringer aus als im Jahr zuvor. Zum letzten Mal haben sie im Jahr 2011 Verluste geschrieben. Dies zeigt der Kommunale Finanzreport 2017 der Bertelsmann Stiftung. Bedingt durch die anhaltend gute Konjunktur sind die Einnahmen 2016 gestiegen, allerdings mit knapp drei Prozent deutlich geringer als im Bundesdurchschnitt (sechs Prozent). „Der auslaufende Solidarpakt zehrt die Steuerzuwächse in Brandenburg auf“, sagt René Geißler, Finanzexperte der Bertelsmann Stiftung und Mitautor des Kommunalen Finanzreports. Dies wird zunehmend problematisch, da insbesondere die Sozialausgaben hoch dynamisch sind.

Die Investitionen der Städte, Gemeinden und Kreise sind im vergangenen Jahr gesunken und liegen deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Pro Einwohner erreichen die Kommunen weniger als die Hälfte des bayerischen Niveaus. Demgegenüber waren die Sozialausgaben in Brandenburg 2015 und 2016 mehr als doppelt so hoch wie die Investitionen. „Die Unterschiede in der Infrastruktur und Standortqualität als Voraussetzung für Wirtschaftswachstum werden größer“, sagt Ronny Freier, Mitautor des Kommunalen Finanzreports und Professor für Wirtschaftspolitik am DIW Berlin.

Ostdeutschlands steuerstärkster Kreis liegt in Brandenburg

Die Steuereinnahmen der brandenburgischen Gemeinden sind im vergangenen Jahr, der bundesweiten Konjunktur folgend, gestiegen. Sie erreichen jedoch noch immer nur rund 60 Prozent des westdeutschen Niveaus. Im Gegensatz zu den anderen ostdeutschen Ländern gibt es aber vereinzelte Ausreißer nach oben. Der Landkreis Dahme-Spreewald ist mit Abstand der steuerstärkste Kreis Ostdeutschlands. Bundesweit liegt er auf Platz 18 von 398 Kreisen und kreisfreien Städten. In den vergangenen zehn Jahren verzeichnete dieser Kreis das vierthöchste Wachstum aller bundesdeutschen Kommunen und hat seine Steuerkraft fast verdreifacht. Weite Teile des Landes bleiben jedoch wirtschaftsschwach. So erreicht der Landkreis Elbe-Elster am anderen Ende der Brandenburger Verteilung pro Einwohner nur ein Drittel der Steuereinnahmen Dahme-Spreewalds. „Kreise mit positiver Haushaltsentwicklung konzentrieren sich immer stärker im Umfeld von Berlin, am Rande liegende Regionen sind demgegenüber abgeschlagen“, so Freier.

Brandenburg, Frankfurt (Oder) und Cottbus dauerhaft in der Haushaltskrise

Die Kassenkredite, gewissermaßen der Dispo-Kredit der Kommunen und wichtigster Krisenindikator, sind in Brandenburg stabil. Die Probleme konzentrieren sich seit vielen Jahren in den

drei kreisfreien Städten Cottbus, Frankfurt (Oder) und Brandenburg an der Havel. Seit 2013 haben sie jeweils Kassenkredite in Höhe von mehr als 2.000 Euro je Einwohner. Keiner dieser drei Krisenstädte gelang bisher ein Abbau ihrer Bestände. Demgegenüber waren die Stadt Potsdam sowie acht der vierzehn Landkreise im Jahr 2015 nahezu frei von Kassenkrediten.

Insgesamt betrachtet sind die Perspektiven der brandenburgischen Kommunen verhalten. Die regionalen Unterschiede nehmen zu, da sich das Wirtschaftswachstum immer stärker um Berlin konzentriert. Dies verschärft sowohl die Konflikte innerhalb der kommunalen Gemeinschaft als auch zwischen Kommunen und Land. Da der Solidarpakt 2020 ausläuft und die Steuereinnahmen im Schnitt nach wie vor schwach sind, drohen vielen Kommunen eklatante Haushaltsprobleme. Gleichzeitig fehlen dem Land die Mittel, die Unterschiede auszugleichen. „Um eine weitere Ausbreitung der Haushaltskrisen in Brandenburg zu verhindern, müssen Land und Kommunen daher ihre Anstrengungen erhöhen“, so Geißler. Zu empfehlen sind: Stabilisierung der kreisfreien Städte, Ausschöpfung der Einnahmespielräume, effektive Kommunalaufsicht, vollständige Weiterleitung der Bundesmittel und Zurückhaltung bei der Übertragung neuer Aufgaben.

Zusatzinformationen

Der Kommunale Finanzreport der Bertelsmann Stiftung erscheint alle zwei Jahre. Er basiert auf den jeweils aktuellsten amtlichen Finanzstatistiken und untersucht die Finanzentwicklung aller 398 kreisfreien Städte und Landkreise (einschließlich ihrer kreisangehörigen Gemeinden und Gemeindeverbände). Ziel des Kommunalen Finanzreports ist es, die regionalen und zeitlichen Trends wichtiger Indikatoren aufzuzeigen. Er wird erarbeitet in Kooperation mit dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung e. V. und Experten aus der Praxis.

www.kommunaler-finanzreport.de

Unsere Experten: **Friederike-Sophie Niemann, Telefon: 0 52 41 81 81 251**
 E-Mail: Friederike-Sophie.Niemann@bertelsmann-stiftung.de

René Geißler, Telefon: 0 52 41 81 81 467
E-Mail: Rene.Geissler@bertelsmann-stiftung.de

Über die Bertelsmann Stiftung: Menschen bewegen. Zukunft gestalten.

Die Bertelsmann Stiftung setzt sich für eine gerechte Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben ein. Sie will Bildung verbessern, Demokratie gestalten, Gesellschaft entwickeln, Gesundheit aktivieren, Kultur leben und Wirtschaft stärken. Durch ihr Engagement möchte sie alle Bürgerinnen und Bürger ermutigen, sich für das Gemeinwohl einzusetzen. Die gemeinnützige Stiftung wurde 1977 von Reinhard Mohn gegründet. **Weitere Informationen:** www.bertelsmann-stiftung.de

